

Kontakt für Medien: Martin Degenhardt
Unter den Linden 16
10117 Berlin

Tel.: 030.408 173 268
Fax: 030.408 173 450

info@falk-kv.de

Berlin, den 23. Mai 2012

PRESSEINFORMATION

FALK-KVen fordern angesichts steigender Personalkosten in Praxen Unterstützung auch für Niedergelassene

Die Vorstände der in der FALK-Kooperation verbundenen Kassenärztlichen Vereinigungen aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern fordern von der Bundesregierung und dem Bundesgesundheitsministerium einen Ausgleich für die laufend steigenden Personalkosten der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten. Vor Kurzem war bekannt geworden, dass die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP den Krankenhäusern einen Ausgleich für Tarifsteigerungen in Höhe von rund 300 Millionen Euro zugesagt hat. Einen solchen Zuschlag in ähnlicher Höhe müsse es nun auch für den ambulanten Bereich geben, so die Vorstände der FALK-KVen: „Das Gros der Behandlungsfälle läuft in den Praxen der niedergelassenen Haus- und Fachärzte sowie Psychotherapeuten. Um eine umfassende Versorgung weiterhin zu gewährleisten, ist es aber notwendig, auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben.“

In einem Schreiben an den gesundheitspolitischen Sprecher der Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jens Spahn, hatten die Vorstände der FALK-KVen bereits Ende April die Problematik für die Praxen der Niedergelassenen aufgezeigt. Durch die Tariflohnerhöhung für Medizinische Fachangestellte zum 1. April 2012 ist der Kostendruck in den Praxen weiter gewachsen. Eine Analyse des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung in Deutschland hatte erst kürzlich gezeigt, dass die Personalkosten mit durchschnittlich 43,5 Prozent den größten Block bei den Praxisaufwendungen darstellen. „Die Kostensteigerungen stellen viele Kolleginnen und Kollegen im Praxisbetrieb vor Herausforderungen, denen durch die vielen Regulierungen nur begrenzt begegnet werden kann“, heißt es dazu in dem Schreiben der FALK-Vorstände an den Unionspolitiker Spahn. Für die Vorstände ist es vielmehr wichtig, auf Seiten der Politik die Sensibilität für die finanzielle Situation in den Praxen vieler Niedergelassener zu erhöhen: „Zwar hat es in den vergangenen Jahren Zuwächse bei den Honoraren gegeben. Doch diese Zuwächse wurden uns nur deshalb zugestanden, weil die Kol-

leginnen und Kollegen auch mehr gearbeitet haben. Ansonsten hat sich an der Tatsache, dass in den letzten Jahren in erster Linie die Finanzen der Krankenkassen geschützt wurden, nichts geändert. Es ist höchste Zeit, dass auch die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten angesichts kontinuierlich steigender Personalkosten durch Zuschüsse entlastet werden.“

Aus Sicht der Vorstände der FALK-KVen geht es nicht darum, Konkurrenz zwischen ambulanten und stationärem Bereich zu schüren: „Die Tarifierhöhungen stellen die Verantwortlichen in den Kliniken wie auch in den Praxen vor große Herausforderungen. Wir halten es deshalb durchaus für legitim und sinnvoll, dass es für den stationären Bereich hier eine Förderung gibt – zumal die finanzielle Lage des Gesundheitsfonds sich weit besser darstellt als von Experten früher vermutet. Aber wir fordern hier gleiches Recht für alle, denn die Vertragsärzte und -psychotherapeuten brauchen auch entsprechende Mittel, um ihre hoch motivierten und engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin angemessen bezahlen zu können.“

Für mehr Einfluss der Länder-KVen: Vier KVen kooperieren und gründen FALK

Aus einer Initiative von vier Kassenärztlichen Vereinigungen ist die Freie Allianz der Länder-KVen – kurz: FA LK – entstanden. Die Gründungsmitglieder sind die Kassenärztlichen ereinigungen Baden-Württemberg (KVBW), Bayerns (KVB), Hessen (KVH) und Mecklenburg-Vorpommern (KVMV). Dies gaben deren Vorstandsvorsitzende, Dr. Norbert Metke (KVBW), Dr. Wolfgang Krombholz (KVB), Frank-Rüdiger Zimmeck (KVH) und Dr. Wolfgang Eckert (KVMV), im Mai 2011 in Berlin bekannt. Ziel des Zusammenschlusses ist eine länderübergreifende Kooperation hinsichtlich wichtiger gesundheits- und versorgungspolitischer Themen sowie eine effektive Vertretung der Interessen der Länder-KVen auf Bundesebene.